

Elisabeth Jeggler

Ihre Stimme in Europa



## Infobrief aus Straßburg 3. - 7. Februar 2014

### Ukraine: EU denkt über zielgerichtete Sanktionen nach

Nach einer intensiven Debatte mit der Außenbeauftragten Ashton fordert das Europäische Parlament in seiner heutigen Resolution von der Ukraine, dass die Spirale der Gewalt nun endlich gestoppt wird. Die EU denkt einerseits über langfristige Unterstützung für das ukrainische Volk und andererseits über gezielte Sanktionen gegen ukrainische Regierungsmitglieder oder Oligarchen, die für die Gewalt verantwortlich sind, nach. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass dadurch nicht der Dialog abbricht. Der Weg zu einer friedlichen Lösung kann nur über die Wiedereinführung der Verfassung von 2004 führen. Das ukrainische Volk muss über seine Zukunft selbst und frei entscheiden können. Hier sehe ich auch die Opposition in der Verantwortung, eine Politik zu verfolgen, in der sich die Interessen aller Regionen widerspiegeln. Von Seiten der EU wird nun auch eine konkrete Unterstützung für die ukrainische Wirtschaft entworfen, um den russischen Würgegriff zu lockern. Neben der Ukraine sehe ich auch insbesondere Moldau und die Kaukasusrepubliken in Gefahr, von der einseitigen russischen Wirtschaftsabhängigkeit auch politisch aus Moskau kontrolliert zu werden. Es ist auch in unserem eigenen Interesse, mit großer Verantwortung die Entwicklung der ganzen Region und dabei besonders Russland kritisch zu begleiten. Weitere Meinungen des Europäischen Parlaments zum Thema Ukraine finden Sie [hier](#).



Quelle: Europäisches Parlament

### Klima- und Energiepolitik sind kein Wunschkonzert

Am Mittwoch haben wir im Plenum sehr unglücklich bezüglich der zukünftigen Klimaziele der EU bis 2030 abgestimmt. Bei dem Bericht handelt es sich um eine Positionierung des Europäischen Parlaments, der allerdings keine



Quelle: Europäisches Parlament

Gesetzesauswirkung hat. Der bisherige Rahmen für die europäische Klima- und Energiepolitik bis 2020 konzentriert sich auf drei verbindliche Ziele im Vergleich zu den Werten von 1990: Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 20% - Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien auf 20% - Anstieg der Energieeffizienz um 20%. In dem umstrittenen Bericht spricht sich eine Mehrheit des Europäischen Parlaments für

einen Anstieg dieser Ziele bis 2030 aus: Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40% - Steigerung erneuerbarer Energien auf 30% - Erhöhung der Energieeffizienz auf 40%.

Ein verbindliches Ziel beim CO<sub>2</sub>-Abbau ist sinnvoll. Jedoch plädiere ich wegen der hohen Kosten sowie der Ineffizienz der diversen nationalen Fördersysteme für eine flexible, aber wo nötig gemeinsame EU-Klimapolitik. Ich halte es für unrealistisch, immer höhere Ziele ins Auge zu fassen. Zuvor müssen die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um diese Ziele wirtschaftlich erreichbar zu machen. So würde ein gesteigerter Anteil an erneuerbaren Energien beispielsweise zuerst das Ende des Flickenteppichs nationaler Fördersysteme verlangen. Bei der Energieeffizienz sollten erst die Ergebnisse der noch neuen EU-Energieeffizienzrichtlinie abgewartet werden. Gesteigerte Kosten und andere gegenläufigen Auswirkungen sprechen meiner Meinung nach klar für ein allein verbindliches Ziel von 40% CO<sub>2</sub>-Einsparung. Wenn Klimapolitik nicht endlich global wird, ist unsere europäische Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr! Beim Ausbau der europäischen Stromnetze halte ich die EU-Initiativen für sehr sinnvoll. Ein europäischer Stromkorridor soll die Industrieballungsräume in Mitteleuropa mit Sonnenergie vom Mittelmeer und Windenergie aus dem Norden versorgen. Dieser reale europäische Energiebinnenmarkt hätte mehr positive Effekte als ständig neue Ziele zu verkünden. Leider formiert sich hier schon großer Widerstand. Mehr Informationen zu den zukünftigen Klimazielen finden Sie [hier](#).

## **Fluggastrechte: Damit Sie sich weniger ärgern müssen**

Ebenfalls am Mittwoch haben wir uns für eine deutliche Stärkung der Passagierrechte im Flugverkehr ausgesprochen. Viel kritisiert wurden die alten Verordnungen vor allem wegen der uneinheitlichen Anwendung von Erstattungsregeln sowie der hohen Anzahl rechtlicher Schlupflöcher für die Fluggesellschaften.

Durch diese Aktualisierung gibt es für Passagiere nun in Zukunft detailliertere Erstattungsregeln für Ticket und Hotelübernachtungen bei Flugverspätungen, -umbuchungen und -ausfällen. Ganz unterbinden wollen wir die Möglichkeit, dass beispielsweise der Rückflug automatisch verfällt, wenn der Hinflug nicht angetreten wurde. Aber auch viele andere Tricksereien der Fluggesellschaften sollen in Zukunft für jedermann erkenntlich und offen sein. Wir als Fluggäste werden so nicht nur besser über die Kosten und unsere Rechte informiert, Entschädigungen sollen dadurch allgemein besser durchsetzbar werden. Diese Forderungen müssen nun noch mit dem Rat verhandelt werden, so dass daraus europäisches Gesetz werden kann. Auf diese Weise wird uns allen in Zukunft hoffentlich viel Ärger erspart. Mehr zu dieser Thematik finden Sie [hier](#).



Quelle: Europäisches Parlament



mit herzlichen Grüßen  
Ihre Elisabeth Jeggle

**Elisabeth Jeggle,  
Mitglied des Europäischen Parlaments**

**Elisabeth Jeggle MdEP**

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

**Anschrift Europäisches Parlament**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

**Tel.** 0032 - 2 - 284 5351

**Fax** 0032 - 2 - 284 9351

[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

**Anschrift Europabüro**

Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

**Tel.** 0751 - 560 92 530

**Fax** 0751 - 560 92 550

[kontakt@euroeggleg.de](mailto:kontakt@euroeggleg.de)